

Freiheitliche Landtagsfraktion
Silvius-Magnago-Platz 6
I - 39100 Bozen (BZ)
Tel.: +39 0471 946158
freiheitliche@landtag-bz.org
freiheitliche@pec.prov-bz.org
die-freiheitlichen.com

An den
Präsidenten des Südtiroler Landtages
Herrn Dr. Josef Noggler
Bozen

Bozen, den 17. Oktober 2019

BESCHLUSSANTRAG

Einberufung einer Sicherheitskonferenz unter Einbindung des Landtages

Die öffentliche Sicherheit in Südtirol hat sich in den letzten Jahren zusehends verschlechtert. Dabei handelt es sich keineswegs nur um ein subjektives Gefühl einzelner besorgter Bürger, wie aktuelle Daten stellvertretend für ein verschlechtertes Gesamtbild der objektiven Sicherheit belegen: Im Jahr 2018 ist die Anzahl der Einbrüche um 10 Prozent, die Zahl der beschlagnahmten Drogen um ganze 30 und jene der Raubüberfälle um über 40 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Dabei ist mitzudenken, dass die Anzeigehäufigkeit vieler Deliktformen abnimmt und die Dunkelziffer folglich in immer mehr Kriminalitätsfeldern von erheblichem Ausmaß ist. Aufgrund eines schwerfälligen Justizapparates, oft niedrigen Strafschwellen und einer wenig strikten oder erfolglosen Ahndung von Straftaten haben viele Bürger das Vertrauen in den Rechtsstaat verloren und verzichten deshalb auf eine Anzeige.

Die Zuwanderung der letzten Jahrzehnte hat einen entscheidenden Anteil an der verschärften Sicherheitslage im Land. Laut aktuellsten Zahlen des Landesinstitutes für Statistik waren im Jahr 2017 50,3 Prozent Tatverdächtigen in Südtirol ausländische Staatsbürger, darunter viele Mehrfach- und Intensivtäter. Eine vielfach mangelnde oder missglückte Integration von Zuwanderern und Asylwerbern führen vor allem in den Ballungsgebieten zu Segregation, welche wiederum Ausgangspunkt für weitere negative Entwicklungen ist.

Außerdem stellen die Zunahme von besonders roher, brutaler Gewaltanwendung sowie etliche neue Erscheinungsformen der Kriminalität Behörden und Gesellschaft vor immer neue Herausforderungen.

Die Bürger richten ihre Erwartungen nicht ausschließlich in Sicherheitsorgane, sondern auch in die Politik. Auch wenn Südtirols Handlungsspielraum aufgrund der beim Staat liegenden Zuständigkeit im Bereich der Sicherheit begrenzt ist: Die Landesregierung und der Südtiroler Landtag stehen in der Pflicht sämtliche Kompetenzen voll auszuschöpfen und in Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Behörden aktiv beizutragen, das Sicherheitsproblem im Land zu entschärfen. Durch die Schaffung von Rahmenbedingungen in den einzelnen Politikfeldern und Verwaltungsebenen, kann die Politik das Entstehen oder die Verhinderung von Problemlagen in puncto Kriminalität beeinflussen und steuern. Dabei muss sie über die reine Ordnungs- und Sicherheitspolitik hinaus, kriminalpräventiven Aspekten in Bereichen der Sozial-, Kinder- und Jugend- sowie Arbeitsmarktpolitik einen angemessenen Stellenwert einräumen. Der Ankündigungs- und Beschwichtigungspolitik der letzten Jahre müssen endlich Taten entgegengesetzt werden, um Straftaten einzudämmen und das verlorengegangene Vertrauen der Bevölkerung in die Sicherheitsorgane des Landes zurückzugewinnen. Dafür braucht es einen regen Austausch mit den diversen lokalen und staatlichen Verantwortungsträgern und Akteuren im Bereich der öffentlichen Sicherheit. Durch gemeinsames Handeln sollen gut abgestimmte und zielorientierte Lösungsansätze erarbeitet werden. Eine bessere Koordination der Sicherheitskräfte, ein optimaler Ressourceneinsatz und die bestmögliche Nutzung von



Synergieeffekten zwischen den verschiedenen Sicherheitsorganen auf Gemeinde-, Landes- und Staatsebene sind dabei vordergründig. Im Rahmen einer Sicherheitskonferenz unter Einbindung möglichst aller Sicherheits- und Rechtsorgane sowie von Vertretern der Gesellschaft und der im Landtag vertretenen Parteien, soll nach einer offenen Darlegung und Begutachtung der Sachstände und aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse ein umfassendes Maßnahmenpaket erarbeitet werden, welches Lösungsansätze kurz-, mittel- und langfristiger Natur beinhalten soll.

Dies vorausgeschickt,

b e s c h l i e ß t

der Südtiroler Landtag die Landesregierung

- 1) Zeitnah und in Absprache mit dem Regierungskommissariat eine Sicherheitskonferenz einzuberufen, bei welcher Vertreter der verschiedenen Sicherheits- und Rechtsorgane (staatliche und lokale Polizeiorgane, Staatsanwalt u.a.), Vertreter aus Gesellschaft und Berufssparten (wie Sozialarbeiter, Sanitäter, Lokalbetreiber u.a.), Vertreter des Gemeindenverbandes, die Landesregierung sowie die Fraktionssprecher der im Landtag vertretenen Parteien eingebunden werden.
- 2) Aus den gewonnenen Erkenntnissen Strategien und Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit im öffentlichen Raum auf Gemeinde- und Landesebene zu definieren.
- 3) In die Organisation und Vorbereitung der Sicherheitskonferenz die im Landtag vertretenen Fraktionen miteinzubinden.


L. Abg. Andreas Leiter Reber


L. Abg. Ulli Mair